

Erklärung des AfD-Kreisverbands Rems-Murr und der AfD-Kreistagsgruppe im Landkreis Rems-Murr zur Asyl- und Flüchtlingspolitik

In den letzten Jahren ist der Zustrom von Asylbewerbern und Flüchtlingen aus den unterschiedlichsten Regionen der Welt nach Deutschland und damit auch in den Rems-Murr-Kreis immer weiter angeschwollen. Gemäß einem Verteilungsschlüssel hat unser Kreis etwa 4 % der dem Land Baden-Württemberg zugewiesenen Personen im Sinne der vorläufigen Unterbringung aufzunehmen. Die Kreisverwaltung war auch mit Unterstützung der AfD-Kreistagsgruppe stets darum bemüht, die Unterbringung menschenwürdig und unter Wahrung der Interessen der einheimischen Bevölkerung durchzuführen. Massenunterkünfte konnten lange vermieden werden, und mit hohem Kostenaufwand wurden Unterkünfte gebaut bzw. angemietet.

Mit der Einweisung von Asylsuchenden und Flüchtlingen in die Sporthalle des Beruflichen Schulzentrums Backnang hatte die schon lange angespannte Situation eine neue Qualität erreicht und Entspannung ist seither und nach derzeitigem Kenntnisstand auf absehbare Zeit nicht in Sicht. Es ist im Gegenteil mit einer weiteren Zunahme der zugewiesenen und aufzunehmenden Asylbewerber und Flüchtlinge zu rechnen. Deutlich erschwerend kommt hinzu, dass die grün-/rote Landesregierung das Flüchtlingsaufnahmegesetz dahingehend geändert hat, dass ab dem 01.01.2016 anstatt bislang 4,5 qm pro Asylbewerber/Flüchtling dann mindestens 7 qm als Wohn-/Schlaffläche bereitgestellt werden müssen (+55%). Auch dies zeigt in Anbetracht der bereits bestehenden Herausforderungen, wie weltfremd die Entscheidungsprozesse der grün-roten Landesregierung sind.

Das öffentliche Leben ist zunehmend erkennbar betroffen. Wir brauchen jetzt eine öffentliche, von Sachkenntnis und gegenseitigem Respekt getragene Debatte aller demokratischen Kräfte, die sich nicht nur in Schlagwörtern und politischem Schubladendenken ergeht, sondern von sachlichen Argumenten getragen ist.

Der Kreisverband Rems-Murr und die Kreistagsgruppe der AfD erkennen die Leistungen vieler Bürger an, die den Flüchtlingen ehrenamtlich mit Rat und Tat zur Seite stehen. Wir nehmen aber genauso die Sorgen derjenigen Bürger ernst, die z. B. die Beeinträchtigung der Sozialstruktur ihres Wohnviertels oder eine Schädigung ihrer geschäftlichen Interessen befürchten. **Die Sorgen der Bürger müssen nicht hinter den vielfachen Aufrufen für eine Willkommenskultur zurückstehen.** Wer Sorgen ausdrückt, darf deswegen nicht als fremdenfeindlich, rassistisch oder gar rechtsextremistisch diffamiert werden.

Die AfD Rems-Murr bekennt sich ebenso wie der Landes- und der Bundesverband unserer Partei zum grundgesetzlich garantierten Asylrecht sowie zur Aufnahme von Kriegsflüchtlingen aus humanitären Gründen. Das Asylrecht darf aber nicht als Mittel zur Einwanderung aus wirtschaftlichen Gründen und in unsere Sozialsysteme missbraucht werden. Um einerseits die Leistungs- und Aufnahmefähigkeit Deutschlands für politisch Verfolgte und Flüchtlinge mit Schutzanspruch zu erhalten, ohne uns zu überfordern, und andererseits weiterhin eine gesellschaftliche Akzeptanz für diese Menschen gewährleisten zu können, bedarf es dringend konkreter Maßnahmen der Länder, des Bundes und der Europäischen Union, die wir im Folgenden formulieren und fordern:

1. Entsprechend unseren kommunalpolitischen Leitlinien zur „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“ verlangen wir im Einklang mit der Kreisverwaltung die **Erstattung der tatsächlich anfallenden Kosten durch das Land**, da die Pauschalzahlungen pro Kopf die Kosten nicht decken – gerade hier in der Region

Stuttgart, in der die Immobilienpreise und damit in Folge die Kosten der Flüchtlingsunterbringung sehr hoch sind.

2. **Wir fordern mit Nachdruck die Umsetzung des geltenden Rechts durch die Landesregierung von Baden-Württemberg.** Asylbewerber und Flüchtlinge, die keinen Aufenthaltstitel erlangen und ihrer Ausreisepflicht nicht nachkommen, sind konsequent in ihre Herkunftsländer bzw. die EU-Staaten zurückzuführen, über die sie nach Deutschland eingereist sind. Auf keinen Fall darf es Personen, die keine oder offensichtlich falsche Angaben über ihre Herkunft machen, gestattet werden, in Deutschland eine Berufsausbildung aufzunehmen oder einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Politische Interessen und Ideologien dürfen nicht länger die Durchsetzung geltenden Rechts verhindern.
3. **Asylverfahren sind auch im Sinne der berechtigterweise Aufzunehmenden zu beschleunigen, für die sonst die Aufnahmekapazität blockiert wird.** Derzeit dauern diese Verfahren oft länger als ein Jahr und aufgrund der langen Verfahrensdauer entstehen neue zusätzliche Hindernisse für eine zügige Rückführung abgelehnter Asylbewerber. Wir sollten uns an erfolgreich praktizierten Regelungen anderer Länder orientieren, wie z.B. den Niederlanden, in denen ein *durchschnittliches* Asylverfahren nur noch 3 Monate dauert.
4. **Deutschland soll nur diejenigen Asylbewerber und Flüchtlinge aufnehmen, die nach geltendem EU-Recht hier ein Aufnahmeverfahren beanspruchen können.** Die durch Willkür anderer EU-Staaten faktisch außer Kraft gesetzte Dublin-III-Verordnung muss wieder durchgesetzt werden. So war Deutschland z.B. im 4. Quartal 2013 für mehr als die Hälfte der registrierten Asylbewerber und Flüchtlinge gar nicht zuständig. **Die mangelnde Konformität einschlägig bekannter EU-Staaten mit den Regelungen des EU-Asylsystems zu Lasten Deutschlands darf nicht länger hingenommen werden.** Asylbewerber und Flüchtlinge sind konsequent in die Länder zurückzuführen, die nach den Maßgaben der Dublin-III-Verordnung für die Flüchtlinge/Asylbewerber zuständig sind.
5. Ebenso kommen derzeit mehrere EU-Länder ihren Verpflichtungen nach dem Schengener Abkommen nicht nach. **Die etablierten Parteien lehnen jede Diskussion über die Freizügigkeit innerhalb der EU als sakrosankt ab, während sie gleichzeitig Verstöße anderer EU-Länder gegen die geltenden EU-Abkommen faktisch tolerieren und damit die Interessen Deutschlands sträflich vernachlässigen.** Die Freizügigkeit ist aber ohne konsequente Anwendung der dafür erlassenen Gesetze und Abkommen nicht haltbar. Wenn EU-Abkommen von anderen EU-Staaten nicht eingehalten werden, muss Deutschland in Bezug auf die Kontrolle des Asyl- und Flüchtlingszustroms wieder eigene Grenzkontrollen einführen. Schleuserbanden sind EU-weit nachdrücklich zu bekämpfen.
6. Um die wenigen EU-Staaten zu entlasten, die einen Großteil der Asylbewerber und Flüchtlinge aufnehmen, muss eine **neue europäische Regelung gefunden und durchgesetzt** werden, die eine **angemessene Verteilung der Asylsuchenden und Flüchtlinge auf alle Mitgliedstaaten** gewährleistet. Die aktuelle Quotendiskussion der EU greift hier deutlich zu kurz, da sich nicht **alle** Länder der EU an einem Quotensystem beteiligen wollen. So sind z.B. Großbritannien, Dänemark und Irland völlig außen vor, da sie für sich Sonderregelungen durchgesetzt haben und viele osteuropäische EU-Staaten lehnen die Quotenregelung sowieso grundsätzlich ab. Im Ergebnis würde Deutschland als eines der wirtschafts-stärksten Länder gerade auch bei der aktuell diskutierten EU-Quotenregelungen weit überproportional zur Aufnahme von Asylbewerbern und Flüchtlingen verpflichtet. Dies darf keinesfalls hingenommen werden.

7. **Auf Bundesebene müssen nach den Westbalkanländern alle weiteren Staaten, in denen es keine politische Verfolgung gibt, insbesondere in Südosteuropa, asylrechtlich zu sicheren Herkunftsländern erklärt werden.** Unsere Landesregierung muss einen solchen Schritt im Bundesrat unterstützen.
8. **Um materielle Anreize abzubauen, ist für Asylbewerber und Flüchtlinge grundsätzlich das Sachleistungsprinzip anzuwenden.** Asylbewerber und Flüchtlinge die schwerwiegend straffällig geworden sind, dürfen keinen Aufenthaltstitel erhalten und sind zeitnah abzuschieben.
9. **Es ist anzustreben und durch die Bundesregierung und die EU mit wirksamen Maßnahmen zu unterstützen, Flüchtlinge bevorzugt in befriedeten Nachbarregionen des gleichen Kulturkreises unterzubringen.** Deutschland kann dort Gelder für die Flüchtlinge deutlich wirksamer einsetzen als hierzulande. Leitgedanke muss sein, dass Flüchtlinge sich innerhalb ihres gewohnten Umfeldes und ihres Kulturkreises wesentlich besser eingliedern lassen als in Deutschland. Hier geraten sie in eine völlig fremde Umgebung, die ihnen erhebliche Integrationsanstrengungen abverlangt. Dies reicht von der Sprache über weltanschauliche und religiöse Einstellungen bis hin zur Akzeptanz unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Wenn wir unseren bereits demographisch hoch belasteten Sozialstaat erhalten und den wirklich schutzbedürftigen Asylsuchenden und Flüchtlingen weiterhin helfen wollen, **kommen wir um eine grundlegende Neuausrichtung der Asyl- und Flüchtlingspolitik im oben beschriebenen Sinne nicht herum.** Dies wird mittelfristig auch den Kommunen helfen, die zunehmend überfordert sind und die Folgen des **Versagens der Landes-, Bundes- und EU-Politik** tragen müssen.

Die gesetzlichen Grundlagen der Asyl- und Flüchtlingspolitik müssen klar von einer bedarfsgesteuerten Einwanderung getrennt werden. Für die Zuwanderung aus Nicht-EU-Ländern müssen an der Qualifikation des Bewerbers ausgerichtete klare Kriterien festgelegt werden, damit es nicht zu einer Überlastung unserer Sozialsysteme kommt. Wir fordern daher ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild (Bewertung der Integrationsfähigkeit über klare Kriterien, wie z.B. Ausbildung, Sprachkenntnisse, Berufserfahrung und Berufssparten, Lebensalter, ob der Einwanderungswillige ein konkretes Stellenangebot hat etc.).

Wir müssen einen von **politischen Ideologien ungetrübten Blick** auf die Problematik der in Europa und unserem Land anwachsenden Asyl- und Flüchtlingsströme bekommen, die überaus offensichtlichen Herausforderungen annehmen und unser politisches Handeln konsequent daran ausrichten. **Hierfür wird sich die AfD auf allen politischen Ebenen mit Nachdruck einsetzen.**

Juni 2015

Der Vorstand des AfD-Kreisverbandes Rems-Murr
und die AfD-Kreisräte des Rems-Murr-Kreises

Kontakt:

Andreas Zimmer
Sprecher des Vorstands
AfD Kreisverband Rems-Murr
andreas.zimmer@alternativ fuer-bw.de

Alternative für Deutschland
Kreisverband Rems-Murr
www.afd-rem s-murr.de